



Straßburg, 12. März 2008

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

EU-Kommission kommt Parlament bei den Agenturen entgegen

Als „bedeutenden politischen Erfolg des Parlaments“ hat die EVP-ED-Koordinatorin im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments, Inge Gräßle (CDU) die Entscheidung der Kommission bewertet, den Vorschlag für ein interinstitutionelles Abkommen über die EU-Agenturen aus dem Jahr 2005 zurück zu ziehen. „Die jahrelange, intensive Kritik des Parlaments an der Agenturitis von Rat und Kommission, die unklare Anbindung dieser Agenturen an die Arbeit der Kommission und ihr ständiges weiteres Aufblähen haben ihre Wirkung nicht verfehlt“, sagte Inge Gräßle heute in Straßburg.

„Das ursprüngliche Vorhaben von Rat und Kommission, dies in einer institutionellen Vereinbarung einfach abzusegnen und mit einer Rechtsgrundlage zu versehen, ist damit gescheitert“. Die CDU-Europaabgeordnete erinnerte daran, dass das Parlament bei jeder Befassung mit den Agenturen eine Kontrolle und Verantwortung durch die Kommission, eine enge Anbindung an deren Arbeit und mehr eigene Mitsprache gefordert hat: „Es ist deshalb ein wichtiges Zeichen, dass die Kommission diese Signale des Parlaments jetzt aufnimmt“.

Inge Gräßle begrüßte auch die Ankündigung der Kommission, bis 2010 keine neuen Agenturen mehr einzurichten und zuerst eine Evaluierung der vorhandenen zu unternehmen sowie kommissionsintern zu prüfen, wie sie ihren eigenen Einfluss auf die Agenturen in den vorhandenen Entscheidungsmechanismen vergrößern könne. Der Vorschlag, eine interinstitutionelle Arbeitsgruppe einzurichten und über offene Fragen zu beraten, sei ebenfalls richtig. Inge Gräßle erinnerte an die Forderungen des Parlaments, bei der Besetzung der Direktoren mitzureden, der Kommission eine Sperrminorität in den Aufsichtsgremien einzuräumen und jede Agentur durch das Parlament entlasten zu lassen.

Inzwischen gibt es 29 dezentrale Agenturen mit 3.800 Mitarbeitern und einem Gesamtbudget von 1,1 Mrd. Euro, davon 0,5 Mrd. Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt.

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +33 - 388 - 177868

EVP-ED-Pressestelle, Knut Gölz, Tel.: +32 - 479 - 972144